

Und wieder Rosen auf den Weg gestreut?

Martin Link,
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein

Offensiv humanitäre Flüchtlingspolitik gegen rassistischen Populismus setzen!

„Ihr müßt sie lieb und nett behandeln, erschreckt sie nicht – sie sind so zart! Ihr müßt mit Palmen sie umwandeln, getreulich ihrer Eigenart! Pfeift euerm Hunde, wenn er sie anklafft: Küßt die Faschisten wo ihr sie trifft!“

Mit diesem Zitat aus einem literarischen Aufschrift Tucholskys erinnern wir an die Opfer der über 1.200 von der Amadeu-Antonio-Stiftung und PRO ASYL gezählten Anschläge des Jahres 2015 auf Geflüchtete und Unterkünfte von Geflüchteten in Deutschland. Über 340 sind es im ersten Quartal 2016 schon gewesen, mehr als im gesamten Jahr 2014. Auch in Schleswig-Holstein nimmt laut BKA die Zahl der Gewalttaten gegen Flüchtlinge zu. Von Null im Jahr 2014 auf über 30 bis Ende 2015.

Doch nicht nur die seit Jahren bekannten Haudraufe treiben ihr Unwesen. Heilsversprechen insbesondere einer offen rassistischen, islamfeindlichen und rechtspopulistischen Neupartei mobilisieren inzwischen an Wahlergebnissen ablesbaren Zulauf auch aus dem bürgerlichen und linkstraditionellen Kreisen. Die Gewaltbereitschaft steigt und zunehmend sind die Täter nicht nur dem klassischen „rechtsradikalen Spektrum“ zuzurechnen. Regelmäßig treten auch bisher nicht

einschlägig in Erscheinung getretene „besorgte Nachbarn“ als Hate-Crimer und Attentäter auf.

Doch treffen sie nicht nur Opfer, sondern auch auf gesellschaftliche Gegenwehr. Die in Städten und Gemeinden engagierte bürgerschaftliche Flüchtlingshilfe ist push-Faktor für interkulturelle Gemeinwesen und nachhaltige Antigewaltstrategie gleichermaßen. Wo eine mit ihren Aktivitäten öffentlich sichtbare nachbarschaftliche Struktur ehrenamtlicher Flüchtlingssolidarität besteht, halten sich rechtsextreme und rassistische Akteure eher zurück. Diesem zivilgesellschaftlichen konsequent anti-rassistischen und konfliktpräventiven Engagement könnte die Politik bisweilen mehr Referenz erweisen.

Doch bei ehrenamtlichen Initiativen wachsen Zweifel an einer Politik, die die flüchtlingspolitische Deutungshoheit gegenüber rechten und rassistischen Kreisen insbesondere auf dem Rücken von Schutzsuchenden zu verteidigen sucht. In den Quartieren haben von interkultureller Vielfalt Überzeugte längst die Schlichtheit rassistischer Denk- und Argumentationsmuster kennen- und damit umzugehen gelernt. Gleichzeitig sind viele vor Ort Engagierte der Überzeugung, dass sich mit der Symbolpolitik etablierter Parteien, die sich in immer neuen auf Selektion, Benachteiligung und Externalisierung ausgelegten Rechtslagen erschöpft, der insofern schäbige Wettlauf um die Gunst der Wählerinnen und Wählern nicht gewinnen lässt.

„Gesetze sind nicht auf Pergament geschrieben, sondern auf empfindlicher Menschenhaut.“ Dieser, dem standhaften Antifaschisten und Staatsanwalt Fritz Bauer zugeschriebene Satz, beschreibt ganz

gut, was viele auch in Schleswig-Holstein gegen Rassismus und für Schutzsuchende Engagierte derzeit umtreibt. Die Teile der politischen Klasse, die eingedenk gelaufener oder anstehender Wahlen gegenüber dem Souverän damit punkten wollen, die Eindämmung der Flüchtlingszuwanderung mittels im Kern inhumaner Gesetze und Verordnungslagen zu erreichen, genießen bei der demokratisch gesinnten und humanitär sensiblen Bevölkerungsmehrheit wohl kaum Glaubwürdigkeit.

Gegenüber politischen Propagandisten, denen es gelingt mit Vorschlägen wie Mauerbau, Minenfeldern und Schießbefehlen auf Flüchtlinge AnhängerInnen zu rekrutieren, sind humanitär demokratisch gesinnte und Politikerinnen und Politiker, denen der Geist der Verfassung und der internationalen Menschenrechte noch etwas wert ist, ohnehin im Hintertreffen.

„Wer sich mit Populisten ins Bett legen möchte, kommt darin um!“ warnt MdEP Elmar Brok mit Blick auf Österreich die eigene Partei. Wenn Ministerpräsident Torsten Albig, wie jüngst mit Blick auf das Abschneiden der AFD bei drei Landtagswahlen, dazu aufruft, nicht den Rechtspopulisten und Rassisten hinterher zu laufen, kann er sich der Zustimmung des Flüchtlingsrates und der im Bundesland engagierten Flüchtlingsinitiativen sicher sein.

Um gegenüber den von rassistischen und islamfeindlichen Ressentiments getriebenen politischen Kräften und ihren Bodentruppen Profil zu gewinnen, sollten die demokratischen Parteien allerdings regelmäßig und konsequent für einen nicht dem erstbesten Kalkül geopfert Humanismus eintreten. Der Flüchtlingsrat appelliert an die demokratischen Parteien

**„Wenn sie in ihren Sälen hetzen,
sagt: »Ja und Amen – aber gern!
Hier habt ihr mich – schlagt mich in Fetzen!«
Und prügeln sie, so lobt den Herrn.
Denn Prügeln ist doch ihr Geschäft!
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft.“**

und ihre Mandatsträgerinnen und -träger, die Landesregierung und alle Bürgerinnen und Bürger guten Willens, sich im politischen Diskurs, im gesellschaftlichen Alltag und bei der bürokratischen Praxis unmissverständlich für den Bestand der Grund-, Asyl- und Menschenrechte und hörbar gegen Ausgrenzung und Verunsicherung von Geflüchteten stark zu machen. Zu Recht fordern die Landesflüchtlingsräte eine Asyl-Amnesty, bei der alle anhängigen fast 1 Mio. Asylgesuche und -verfahren positiv entschieden werden und die ca. 120.000 Geduldeten im Zuge einer Gruppenregelung ein Bleiberecht zugesprochen wird.

Die aktuelle Asylverfahrensverzögerungspraxis sowie gelaufene und noch zu erwartende rechtspolitische Initiativen des Bundes verfolgen allerdings andere Ziele. Denn weder die zuletzt von der Bundesregierung gepackten Gesetze zur nur partiellen Asylchancenvergabe und zu mehr Abschiebungen, noch die Entscheidung, zahlreiche höchst prekäre Fluchtherkunftsländer pauschal als sicher zu erklären, und schon gar nicht die erbärmliche EU-türkische Verabredung zum Menschenhandel, mit der von der Türkei die selektive Flüchtlingsabwehr gegen Geld und Visafreiheit erkaufte und Griechenland zum Masseninternierungslager degradiert

wird, kündigen von einer humanitär ambitionierten Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Das gilt allemal für Pläne der Bundesregierung, Geflüchtete qua Desintegrationsgesetz pauschal des Integrationsverweigerertums zu verdächtigen, sie - anstatt gerechte Bezahlung durchzusetzen - dem modernen Sklaventum der Arbeitsgelegenheiten auszuliefern und gleichzeitig mit der Fessel des Wohnsitzzwangs Integrationsleistungen effektiv zu unterlaufen.

So verbleibt es beim Bundesland Schleswig-Holstein und bei seiner politischen Klasse sich den bundespolitischen Destruktionen zu verweigern und im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine eigene und bessere Politik zu gestalten. Der im Parteienkonsens stattgefundene schleswig-holsteinische Flüchtlingspakt vom Mai 2015 hat dafür eine gute Losung ausgegeben *„Lassen Sie uns mit aller Kraft gegen diejenigen anreden, die eine Angst vor Überfremdung schüren wollen. ... Wir wollen möglichst viele Menschen auf dem Weg zur integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen mitnehmen. Wir werden uns aber jeder Form von Menschenfeindlichkeit entgegenstellen und keinen Platz für Rassismus und Diskriminierung lassen.“*



Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.



Empfang und Mitgliederversammlung beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

1991 wurde der neu gegründete Verein Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein in das Vereinsregister des Amtsgerichtes eingetragen. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens lädt gemeinsam mit dem Landesflüchtlingsbeauftragten der Vorstand Vereinsmitglieder und Kooperationspartner ein zu einem Empfang und zur ordentlichen Mitgliederversammlung.

Samstag, 2. Juli 2016, um 11 Uhr

auf Einladung des Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen

im Gästehaus der Landesregierung • Haus B • Arwed-Emminghaus-Weg 6 • Kiel

Programm: Grußworte der Staatssekretärin im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten **Manuela Söller-Winkler** und von **Bernd Mesovic**, Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL, Frankfurt/M., **Maria Brinkmann**, Lübecker Flüchtlingsforum und **Ahraf Khalili**, Lehrerin, Lübeck.

Der Festvortrag von **Prof. Dr. Ayça Polat** von der FH Kiel, **Offensive Humanität und Chancengerechtigkeit für alle! – Strategien künftiger Solidaritäts- und Antirassismussarbeit**, wird das Gespräch unter den Teilnehmenden anregen und für den Flüchtlingsrat eine wegweisende Perspektive eröffnen. Im Anschluss an einen mittäglichen Imbiss findet die Mitgliederversammlung statt.

Mitglieder wenden sich an: office@frsh.de • T. 0431 - 735 000